Landeshauptstadt
München

Rathaus Umschau

Donnerstag, 17. September 2009
Ausgabe 177

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise **2**
Bürgerangelegenheiten **3**
Meldungen **4**
› Aufruf des Münchner Bündnisses für Toleranz zur Wahl am 27. September 4
› Bürgermeister Monatzeder ehrt Jubilare der ehrenamtlichen Schulweghelfer 5
› Fertigstellung des Giesinger Bahnhofplatzes 6
› Verkehrsbeschränkungen und Parkmöglichkeiten für Busse zum Oktoberfest 7
› Bürgerversammlung für den Stadtbezirk 15 7
› Umweltberatung zum Thema „Beleuchtung“ beim Hoffest in Riem 9
› Claire Denis zu Gast im Filmmuseum 9
› Wochenend-Führung durch die Ausstellung „Typisch München!“ 10

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat **12**

Herausgeber: Presse- und Informationsamt der Landeshauptstadt München
Verantwortlich für den Inhalt: Stefan Hauf, Druck: Stadtkanzlei, Gemeinsame Anschrift: Rathaus, Marienplatz 8, 80313 München, Telefon 2 33-9 26 00, Telefax 2 33-2 59 53, presseamt@muenchen.de, www.muenchen.de/rathaus

Terminhinweise

Wiederholung
Freitag, 18. September, 19.30 Uhr, Saal des Alten Rathauses
Bürgermeister Hep Monatzeder eröffnet im Rahmen eines Festaktes die bundesweite Interkulturelle Woche. Die Auftaktveranstaltung, zu der der Ökumenische Vorbereitungsausschuss und die Landeshauptstadt München einladen, findet erstmals in München statt. Cumali Naz, der Vorsitzende des Ausländerbeirates, spricht Grußworte. Hauptredner der Veranstaltung ist der Schriftsteller und promovierte Islamwissenschaftler Navid Kermani.
Vor dem Festakt findet um 17 Uhr ein ökumenischer Gottesdienst in der griechisch-orthodoxen Allerheiligenkirche, Ungererstraße 131, unter der liturgischen Leitung des Metropoliten Augoustinos von Deutschland und Exarch von Zentraleuropa, des Landesbischofs Dr. Johannes Friedrich, Evangelisch-Lutherische Kirche in Bayern, und des Erzbischofs von München und Freising, Dr. Reinhard Marx, statt.
Teilnahme nur für geladene Gäste. Medienvertreter, die am Ökumenischen Auftaktgottesdienst und dem Empfang im Alten Rathaus teilnehmen möchten, akkreditieren sich bitte bei der Geschäftsstelle des Ökumenischen Vorbereitungsausschusses, E-Mail: info@interkulturellewoche.de, Telefon 0 69/23 06 05, Fax 0 69/23 06 50.
Die Interkulturelle Woche – eine Initiative der Deutschen Bischofskonferenz, der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Griechisch-Orthodoxen Metropolie – steht heuer unter dem Motto „Misch mit". Vom 18. September bis zum 3. Oktober werden dazu in rund 270 Städten und Gemeinden im ganzen Bundesgebiet etwa 3.000 Veranstaltungen organisiert.

Freitag, 18. September, 16 Uhr, Rindermarkt
Fototermin mit Oberbürgermeister Christian Ude und den „Demokratiebotschaftern". Die Demokratiebotschafter sind mit ihrem Bus am 1. September in Berlin gestartet, um in allen Landeshauptstädten Station zu machen und vor Ort gegen die sinkende Wahlbeteiligung aktiv zu werden, in persönlichen Gesprächen Aufklärung und Informationen zum Thema Wahl anzubieten und Demokratiebotschafter aus allen Regionen Deutschlands zu gewinnen. Die Kampagne organisiert die überparteiliche Initiative Pro-Dialog.

Montag, 21. September, 10 Uhr,
Ratskeller am Marienplatz, Botticelli-Stube
Pressekonferenz des Bündnisses „Münchens sozial – wir halten die Stadt zusammen". Norbert J. Huber, Geschäftsführer Caritas Zentren München Stadt/Land und derzeit Sprecher des Bündnisses, führt in die Anliegen des Bündnisses ein, Karin Majewski, Geschäftsführerin Paritätischer Wohlfahrtverband, erläutert, wofür nach Vorstellung des Bündnisses zusätzliche Mittel bereit gestellt werden müssen, Markus Schön, Vorstandsmitglied Kreisjugendring, beleuchtet, durch welche Entscheidungen auf der Einnahmeseite die öffentliche Hand ihre Handlungsfähigkeit sicherstellen soll, und Oberbürgermeister Christian Ude stellt die Position der Landeshauptstadt München dar, die trotz erheblicher Einnahmeverluste bei der Gewerbesteuer bis jetzt Einschnitte im sozialen Bereich abwenden konnte.
Die Sorge um den Erhalt und die Weiterentwicklung des sozialen Netzes in München hat mittlerweile 35 im sozialen Bereich engagierte Organisationen veranlasst, sich im Bündnis „München sozial" zusammenzuschließen. Das Bündnis fordert von der künftigen Bundesregierung ein soziales Konjunkturpaket, das durch gerechte Lastenverteilung und gesetzgeberische Maßnahmen die Sicherung und den Ausbau des sozialen Netzes gewährleistet, welches aufgrund der Folgen der Wirtschaftskrise seine bisher härteste Bewährungsprobe zu bestehen hat.

Bürgerangelegenheiten

Donnerstag, 24. September, 18.30 Uhr,
Stadtteilzentrum Fürstenried Ost, „Bürgersaal", Züricher Straße 35
Bürgersprechstunde des Bezirksausschusses 19 (Thalkirchen - Obersendling - Forstenried - Fürstenried - Solln) mit dem Vorsitzenden Hans Bauer.

Meldungen

Aufruf des Münchner Bündnisses für Toleranz zur Wahl am 27. September

Liebe Münchnerinnen und Münchner,

bei der Wahl zum Deutschen Bundestag am 27. September beteiligen sich drei Parteien,die dem rechtsradikalen Spektrum zuzuordnen sind:
- Die NPD
- die Republikaner
- die DVU

Die Gefahr, dass Rechtsextremisten von geringer Wahlbeteiligung profitieren können und Sitze erobern, darf nicht unterschätzt werden. So ist es einem Funktionär der NPD gelungen, bei der letzten Münchner Kommunalwahl unter der Tarnkappe einer „Bürgerinitiative" in den Stadtrat zu kommen. Inzwischen wurde dieser Rechtsextremist rechtskräftig verurteilt, weil er bei der Vereidigung den „Hitlergruß" zeigte – eine unerträgliche Verhöhnung der Opfer des Holocaust und eine Verharmlosung, ja Verherrlichung des nationalsozialistischen Unrechtsregimes.
Es darf nicht passieren, dass weiter Rechtsextremisten Parlamentssitze erobern, die politische Atmosphäre vergiften und das Ansehen Deutschlands in der Welt schädigen.
Nicht nur die NPD, auch die anderen beiden Parteien müssen wegen ihrer ausländerfeindlichen und antisemitischen Ideologie die einhellige Ablehnung aller Demokraten herausfordern. Dabei muss klar sein, dass eine innere Ablehnung nicht ausreicht, um die Gefahr eines Wahlerfolges der Rechtsextremisten zu verhindern. Nur die Stimmabgabe für eine demokratische Partei hilft mit, die Rechtsextremen aus dem Deutschen Bundestag fernzuhalten.
Das Bündnis für Toleranz, Demokratie und Rechtsstaat, das vor mehr als elf Jahren gegründet wurde und in dem die Münchner Kirchen und Glaubensgemeinschaften, Universitäten und Bildungseinrichtungen, Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbände und Jungendorganisationen zusammengeschlossen sind, appelliert deshalb an Sie:
Machen Sie von Ihrem Wahlrecht Gebrauch!
Gehen Sie wählen oder nutzen Sie die Möglichkeit der Briefwahl!
Wählen Sie demokratische Parteien, denn Extremisten dürfen keine Chance bekommen!

Für das Münchner Bündnis für Toleranz, Demokratie und Rechtsstaat:
Oberbürgermeister Christian Ude,
Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde Charlotte Knobloch,
Weihbischof Engelbert Siebler,
Evangelische Stadtdekanin Barbara Kittelberger,
Präsident der Ludwig-Maximilians-Universität Professor Dr. Bernd Huber,
Vorsitzender des DGB Region München Helmut Schmid,
Vorsitzende des Kreisjugendrings München-Stadt Karin Ruckdäschel

Bürgermeister Monatzeder ehrt Jubilare der ehrenamtlichen Schulweghelfer

(17.9.2009) Pünklich zum Schuljahresbeginn empfing Bürgermeister Hep Monatzeder jetzt 54 Schulweghelferinnen und -helfer im Rathaus und ehrte diese für ihre langjährige ehrenamtliche Tätigkeit zur Schulwegsicherheit im Dienste der Landeshauptstadt München. Im Rahmen einer Feierstunde überreichte er 22 Bürgerinnen und Bürgern die Medaille „München leuchtet" in Bronze für ihr bereits zwölfjähriges Engagement im Sinne der Verkehrssicherheit. Für ihre schon 25-jährige Tätigkeit als ehrenamtliche Schulweghelferin konnte Sieglinde Weh sogar die Medaillie „München leuchtet" in Silber entgegennehmen.

Bürgermeister Monatzeder würdigte bei diesem Anlass auch die Leistung jener 22 Schulweghelferinnen und -helfer, die bereits seit mehr als 5 Jahren bei Wind und Wetter einen wichtigen Beitrag zur Verkehrssicherheit auf Münchens Straßen leisten: „Die Einrichtung der Schulweghelferinnen und -helfer bedeutet an jedem Schultag eine fast 100-prozentige Sicherheitsgarantie für unsere Schülerinnen und Schüler. Gerade in den letzten Jahren hat sich Ihre Tätigkeit als das zuverlässigste und das beste Instrument zur Verbesserung der Schulwegsicherheit erwiesen", so Monatzeder an die Jubilarinnen und Jubilare gerichtet. „Ich persönlich bewundere Ihren Einsatz, den Sie für die Münchner Grundschulkinder schon seit vielen Jahren erbringen und zolle Ihrer täglichen Leistung großen Respekt – das umso mehr, als Sie alle Ihren Einsatz auch ehrenamtlich erbringen. Selbstverständlich wünsche ich mir, dass Ihr Beispiel ‚Schule macht' und sich auch für jene Stellen, für die noch Schulweghelferinnen und -helfer gesucht werden, ebenfalls ‚Schutzengel' für unsere jüngsten Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer finden", so Monatzeder weiter.

Ein besonderes Dankeschön richtete der Bürgermeister bei dieser Gelegenheit an die Unfallkasse München: „Sie unterstützen das Kreisverwaltungsreferat beim Einsatz der ehrenamtlichen Schulweghelferinnen und -helfer schon seit vielen Jahren in großzügiger Weise. Mit der beachtlichen Summe von 25.000 Euro, die Sie für das Jahr 2009 zur Verfügung gestellt

haben, konnte erneut hilfreiche Ausstattung für die Münchner Schulweghelferinnen und -helfer bereitgestellt werden."
Hep Monatzeder schloss seine Laudatio mit einem herzlichen Dankeschön an die Jubilarinnen und Jubilare für ihr ebenso wertvolles wie unermüdliches und vorbildhaftes Engagement und gratulierte zu den jeweiligen „Einsatz-Jubiläen".
Trotz der 630 Helferinnen und Helfer, die derzeit im verkehrlichen Umfeld nahezu aller Münchner Grundschulen tätig sind, existieren nach wie vor verkehrsreiche Übergänge, für die noch ehrenamtliche Schulweghelferinnen und -helfer gesucht werden. Auskünfte zu den Schulwegdiensten gibt im Kreisverwaltungsreferat Hildtraud Hoffmann, Telefon 2 33-2 70 17. Weitere Infos zur ehrenamtlichen Tätigkeit als Schulweghelferin oder Schulweghelfer finden sich auch im Internet unter *www.muenchen.de/Rathaus/kvr/strverkehr/verksicherheit/38555/index.html*

Fertigstellung des Giesinger Bahnhofplatzes
(17.9.2009) Die Arbeiten am Giesinger Bahnhofplatz waren soweit fortgeschritten, dass der Bauausschuss des Stadtrates in seiner Sitzung am 16. Juni 2009 dem Rückbau des provisorischen Busbahnhofs in der Schwanseestraße zugestimmt hat. Nach Fertigstellung des Giesinger Bahnhofplatzes einschließlich des neuen Busbahnhofs im Herbst 2009, können die temporären Bushaltestellen ab dem Frühjahr 2010 zurückgebaut werden. Mit dem Fahrplanwechsel 2009/2010 wird die MVG die Busse auf den neuen Busbahnhof verlegen. Davor ist noch geplant, 128 großkronige Bäume einzusetzen, damit das im Gestaltungskonzept vorgesehene „Baumdach" entstehen kann.
Durch die überraschende Insolvenz des Subunternehmers der beauftragten, erfahrenen Tiefbaufirma kam es zu Verzögerungen beim Einbau des neuartigen, kunststoffgebundenen „Terra Elast-Belags". Wie in der Ausführungsgenehmigung am 8. Juli 2008 dem Stadtrat vorgetragen, wurde dieser patentierte Belag in Abstimmung mit dem zuständigen Bezirksausschuss aus wirtschaftlichen und gestalterischen Gründen ausgewählt. Selbstverständlich ist der Einsatz neuartiger technischer Lösungen wesentlich schwieriger als konventionelle Bauweisen. Zwischenzeitlich konnte nach intensiven Recherchen ein neuer Subunternehmer gefunden werden, der ebenfalls über die Spezialkenntnisse zum Einbau dieses kunststoffgebundenen Belags verfügt. Zur Festlegung des weiteren Vorgehens fand gestern ein Ortstermin des Baureferates mit der neuen Baufirma und dem planenden Architekten statt. Danach werden die restlichen Belagsarbeiten am Bahnhofplatz umgehend ausgeführt. Am Bürgerplatz wurden leider an dem bereits letztes Jahr verlegten Terra Elast-Belag Ausfüh-

rungsmängel festgestellt; für deren Beseitigung trägt die auftragnehmende Firma die Kosten. Dieser Belag wird komplett erneuert. Die Arbeiten wurden übrigens von Anfang an von einem anerkannten Prüfinstitut – und nachdem erste Probleme auftraten – zusätzlich auch durch die TU München kontrolliert und beprobt.
Die Arbeiten zur Fertigstellung des Oberflächenbelags beginnen im Laufe der nächsten Tage und werden voraussichtlich Ende Oktober abgeschlossen. Sollten sich die Arbeiten unerwartet witterungsbedingt verzögern, ist nicht auszuschließen, dass die Baumpflanzungen erst im Frühjahr erfolgen. Auswirkungen auf die Verlegung des Busbahnhofes ergeben sich jedoch nicht.

Verkehrsbeschränkungen und Parkmöglichkeiten für Busse zum Oktoberfest

(17.9.2009) Wie in jedem Jahr sind während des Oktoberfestes rund um die Theresienwiese wieder zahlreiche Verkehrsregelungen wie zum BeispielStraßensperren, Taxistandplätze oder Haltverbote angeordnet: So ist die Theresienhöhe zwischen dem Alten Messeplatz und der Hans-Fischer-Straße durchgehend vom 19. September bis 4. Oktober für den allgemeinen Fahrverkehr gesperrt. Da auch die südliche Fahrbahn der Brausebadinsel während des Oktoberfests gesperrt ist, kann über die Martin-Greif-Straße nicht in den Bavariaring eingefahren werden. Das Kreisverwaltungsreferat bittet dies, ebenso wie das Einfahrtsverbot in den Bavariaring aus Richtung Pocci-/Hans-Fischer-Straße, bei der Routenplanung zu berücksichtigen. Die Umfahrung kann über Pfeufer-, Ganghofer- und Heimeranstraße erfolgen.
Mit Verkehrsbehinderungen im Umfeld der Veranstaltungen ist deshalb zu rechnen. Die Autofahrer werden gebeten, diese Bereiche weiträumig zu umfahren.
Für Busse steht in diesem Jahr wieder der Südteil der Theresienwiese zur Verfügung.

Bürgerversammlung für den Stadtbezirk 15

(17.9.2009) In Abstimmung mit dem Bezirksausschuss 15 (Trudering - Riem) lädt Oberbürgermeister Christian Ude am Donnerstag 1. Oktober, 19 Uhr, in das Kulturzentrum Trudering, Wasserburger Landstraße 32, 81825 München, zu einer Bürgerversammlung des 15. Stadtbezirkes ein. Zu Beginn der Versammlung informieren Bürgermeister Hep Monatzeder und Dr. Stephanie Hentschel, Bezirksausschussvorsitzende, über den Stadtbezirk.

Die Leitung der Versammlung übernimmt Bürgermeister Hep Monatzeder.
Schwerpunktthemen werden voraussichtlich sein:

1. Allgemein
   - Verdichtung des Stadtviertels
   - Ortskern Straßtrudering
   - Ortsumfahrung Kirchtrudering
   - Kiesabbau Haffstraße, Bajuwarenstraße
   - Sportflächenversorgung
2. Verkehr
   - Ampelanlage Am Mitterfeld, an der Bajuwarenstrasse und an der Friedenspromenade/Höhe Ottilienstraße
   - Parkplatz- und Verkehrssituation in der Messestadt bedingt durch den Riemer See
3. Versorgung ÖPNV/Bahn
   - Linie S2 (Riem) barrierefreier Ausbau?
   - Lärmsanierung Bahn/Lärmkartierung
4. Soziales
   - Sozialbürgerhaus
   - Angebote für Jugendliche
   - Angebote für Senioren
   - Betreutes Wohnen für Senioren
5. Schulen, Kindergarten, Hort
   - Schulsituation
   - Gymnasium Trudering
   - Grundschule Riem
   - Grundschule Lehrer-Wirth-Straße
   - Grundschule Helsinkistraße
   - Hortsituation/Mittagsbetreuung
   - Kindergartensituation
   - Musikschule

Alle Besucher der Bürgerversammlung, die an den Abstimmungen teilnehmen wollen, werden gebeten, ihren amtlichen Lichtbildausweis mitzubringen, um sich als Stadtviertel-Bürger ausweisen zu können. Sie erhalten daraufhin eine Karte, die sie berechtigt, an allen Abstimmungen mitzuwirken.

Die von der Bürgerversammlung angenommenen Anträge werden im Wortlaut in der Geschäftsstelle Ost der Bezirksausschüsse 13, 14, 15, 16, 17 und 18, Friedenstraße 40, 81660 München, für die Öffentlichkeit ausgelegt. Ebenfalls kann in der Geschäftsstelle die Stellungnahme des Stadtrates beziehungsweise des Bezirksausschusses zu den Anträgen eingesehen werden.

Bürgersprechstunde
Von 18 bis 19 Uhr stehen Vertreterinnen und Vertreter aus folgenden Bereichen interessierten Bürgerinnen und Bürgern Rede und Antwort: Baureferat-Gartenbau und Tiefbau, Bauzentrum, Kreisverwaltungsreferat-Straßenverkehr, Münchner Verkehrsgesellschaft-Öffentlicher Nahverkehr, Polizeiinspektion, Stadt-Information und die Bezirksausschussvorsitzende Dr. Stephanie Hentschel.

Umweltberatung zum Thema „Beleuchtung" beim Hoffest in Riem
(17.9.2009) Über das aktuelle Thema „Beleuchtungssysteme" informiert am Sonntag, 20. September, von 10 bis 18 Uhr auf dem Ökologischen Hoffest am Gut Riem (Isarlandstraße 1) das Beratungsteam des Umweltladens der Landeshauptstadt München. Da der Anteil der Beleuchtung an den Stromkosten pro Haushalt im Durchschnitt immerhin bis zu zehn Prozent ausmacht und es die klassische Glühlampe aufgrund der neuen EU-Verordnung bald nicht mehr geben wird, werden Fragen, wie „Was kommt danach?" und vor allem „Was ist künftig das geeignete Leuchtmittel für welchen Wohnbereich und für welche Tätigkeit?" immer aktueller.
Bei der Veranstaltung werden Alternativen zur Glühlampe und verschiedenste Einsatzmöglichkeiten von Energiesparlampen aufgezeigt und es besteht auch die Möglichkeit alte Energiesparlampen abzugeben.
Weitere umfangreiche und kompetente Beratung zu unterschiedlichen Umweltthemen erhalten interessierte Münchner Bürgerinnen und Bürger im Umweltladen, der sich im Herzen Münchens im Ruffinihaus am Rindermarkt 10 befindet. Die Öffnungszeiten sind Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 9 bis 12 Uhr und von 13 bis 17.30 Uhr. Telefonisch ist der Umweltladen über das Umwelttelefon 2 33-2 66 66 zu den obeb angege-benen Zeiten zu erreichen, per E-Mail über umweltberatung.rgu@ muenchen.de. Im Internet lautet die Adresse *www.muenchen.de/umweltladen.*

Claire Denis zu Gast im Filmmuseum
(17.9.2009) Das Filmmuseum im Münchner Stadtmuseum, St.-Jakobs-Platz 1, widmet der renommierten französischen Filmemacherin Claire Denis vom 22. September bis 15. November eine vollständige Retrospektive mit insgesamt 22 Kurz-, Dokumentar- und Spielfilmen. Die Regisseurin wird vom 13. bis 15. November im Filmmuseum zu Gast sein. Das Programm wird in Kooperation mit den Instituten für Romanische Philologie und Komparatistik der Ludwig-Maximilians-Universität veranstaltet.

Claire Denis wurde am 21. April 1948 in Paris geboren. Ihre Kindheit verbrachte sie bis zu ihrem 14. Lebensjahr in Französisch-Westafrika. Später studierte sie Film am Institut des Hautes-Etudes Cinématographique in Paris. Nach ihrem Abschluss 1972 arbeitete sie für das Theater und für den Film, unter anderem als Regieassistentin bei Costa-Gavras, Wim Wenders, Jim Jarmusch und Jacques Rivette.
1988 drehte sie ihren ersten Langspielfilm „Chocolat", der in Cannes im Wettbewerb um die Goldene Palme gezeigt wurde. Claire Denis arbeitet eng mit dem Drehbuchautor Jean-Pol Fargeau und der Kamerafrau Agnès Godard zusammen. Ernsthaft und ohne Larmoyanz erfassen ihre Filme die emotionalen und sozialen Effekte von Rassismus und Kolonialismus. Dabei vermeidet Denis ein simples Konzept des „Anderen" als das Gegenteil herrschender kultureller Normen. Ihre Filme sind vielmehr „eine komplexe Untersuchung von ambivalenten, bisweilen undechiffrierbaren postkolonialen Identitäten" (Claire Denis). Die Gefühle ihrer Figuren erschließen sich dabei häufig auf subtile Weise, über Gesten und Blicke, mit Nahaufnahmen und intensiven Körperinszenierungen.
Für „Nénette und Boni" wurde Claire Denis 1996 mit dem „Goldenen Leoparden" beim Filmfestival in Locarno ausgezeichnet. Auch auf anderen Festivals erhielt sie wiederholt Nominierungen und Auszeichnungen. Zu ihren bekanntesten Filmen gehören „Beau Travail" (Der Fremdenlegionär, 1999), „Trouble Every Day" (2001) mit Vincent Gallo und Béatrice Dalle, „Vendredi Soir" (Freitag Nacht, 2002), „L'Intrus" (Der Feind in meinem Herzen, 2004) und der dieses Jahr auch in deutschen Kinos gestartete „35 Rhums" (35 Rum, 2008). Ihr neuester Film „White Material" (2009) feiert im diesjährigen Wettbewerb des Filmfestivals in Venedig seine Weltpremiere.
Alle Filme und Termine sind unter *www.filmmuseum-muenchen.de* abrufbar. Der Eintritt kostet 4 Euro, ermäßigt 3 (Aufschlag bei Überlänge). Telefonische Kartenreservierungen sind unter 2 33-9 64 50 möglich.
Seminar zu Claire Denis (Leitung: Annett Busch und Marcus Coelen):
- Freitag, 13. November, 14 bis 18 Uhr im Kino des Filmmuseums
- Samstag, 14. November, 10 bis 13 Uhr/15 bis 19 Uhr in der Französischen Bibliothek, Ludwigstraße 25.

Das Seminar steht allen Interessierten offen. Anmeldung unter: mcoelen@lmu.de.

Wochenend-Führung durch die Ausstellung „Typisch München!"
(17.9.2009) Am Samstag, 19. September, um 15 Uhr führt Dr. Thomas Weidner, Kurator der Ausstelllung „Typisch München!", durch die Dauerausstellung im Münchner Stadtmuseum, St.-Jakobs-Platz 1. Vom angeblichen

Schlüsselbein Herzog Heinrichs des Löwen bis zur Allianz Arena wird die Kulturgeschichte Münchens von ihrer Gründungslegende bis zur Gegenwart beleuchtet. Ein besonderes Augenmerk wird dabei auf die kommunale Emanzipation Münchens gerichtet. Die Führung zeigt in einem Streifzug durch die 850-jährige Stadtgeschichte, was seit wann und warum typisch ist für München. Treffpunkt ist im Foyer. Der Museumseintritt kostet 4 Euro, ermäßigt 2 Euro. Die Führung ist frei.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

Donnerstag, 17. September 2009

Keine ganzjährige Nutzung des Servicezentrums auf der Theresienwiese
Anfrage Stadträte Richard Quaas, Georg Schlagbauer und Vinzenz Zöttl (CSU)

Wie geht es weiter auf dem städtischen ehemaligen Junkersgelände?
Anfrage Stadtrat Tobias Weiß (CSU)

Bundeskartellamt durchleuchtet Fernwärmesektor
Antrag Stadtrats-Mitglieder Dr. med. Otto Bertermann, Dr. Jörg Hoffmann, Dr. Michael Mattar, Gabriele Neff und Christa Stock (FDP)

Notruf-Säulen an U- und S-Bahnhöfen
Anfrage Stadtrat Johann Altmann (Freie Wähler)

Impressum: Die presserechtliche Verantwortung für Anträge und Anfragen von Stadtratsmitgliedern der **SPD** trägt: Alexander Reissl; **CSU**: Josef Schmid; **Bündnis 90/Die Grünen**: Siegfried Benker; **Rosa Liste**: Thomas Niederbühl; **FDP**: Dr. Michael Mattar; **Die Linke**: Brigitte Wolf; **ÖDP**: Mechthild von Walter; **Freie Wähler**: Johann Altmann; **Bayernpartei**: Thomas Hummel; **BIA**: Karl Richter.
Alle: Rathaus, 80313 München; Druck: Stadtkanzlei

Vinzenz Zöttl / Georg Schlagbauer / Richard Quaas

MITGLIEDER DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

ANFRAGE
17.09.09

Keine ganzjährige Nutzung des Servicezentrums auf der Theresienwiese

Das Servicezentrum auf der Theresienwiese dient laut dem auf dem Gebiet geltenden Bebauungsplan „…der Unterbringung von Dienstleistungs-, Verwaltungs- und Versorgungseinrichtungen für den Festbetrieb auf der Theresienwiese…“ (§ 2 des Satzungstextes).

Es liegt uns eine Information vor, die besagt, dass es verwaltungsinterne Bestrebungen gibt, den Begriff „Festbetrieb“ derart auszulegen, dass er alle auf der Theresienwiese genehmigten Veranstaltungen betrifft. Dies würde bedeuten, dass eine nahezu ganzjährige und vollständige Nutzung des Servicezentrums zulässig wäre.

Wir erinnern daran, dass die Alternative zu der jetzt vorhandenen Bebauung darin bestand, die notwendigen Nutzungen in Containern unterzubringen. Diese hätten nach jedem Fest entfernt und zum nächsten Fest neu aufgebaut werden müssen. Eine Bebauung der Theresienwiese wurde vom Stadtrat nur deshalb akzeptiert, weil eine ausschließliche Nutzung für die Zwecke des Frühlings- und Oktoberfestes zugesagt war und im Satzungstext festgeschrieben wurde.

Wir fragen daher den Oberbürgermeister, ob er unsere Auffassung teilt, dass mit „Festbetrieb“ ausschließlich Oktoberfest und Frühlingsfest gemeint sind und ob die damals gemachten diesbezüglichen Zusagen, die Voraussetzung für die Durchsetzbarkeit der dauerhaften Bebauung waren, auch heute noch gelten.

gez. Vinzenz Zöttl Stadtrat	gez. Georg Schlagbauer Stadtrat	gez. Richard Quaas, Stadtrat stv. Fraktionsvorsitzender

CSU-Stadtratsfraktion, Rathaus, Marienplatz 8; 80331 München; Tel.: 233 92650; Fax: 29 13 765;
email: csu-fraktion@muenchen.de

Tobias Weiß

MITGLIED DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Marienplatz 8
80331 München

Anfrage
17.09.09

Wie geht es weiter auf dem städtischen ehemaligen Junkersgelände?

Nachdem mittlerweile die Planungen für die städtischen Grundstücke westlich der Schöllstraße für das KomproB-Projekt, das München-Modell und den städtischen Hort abgeschlossen sind und die Bebauung bevorsteht, ist es an der Zeit, das sogenannte „Junkersgelände“ östlich der Schöllstraße weiter zu entwickeln. Deshalb frage ich den Oberbürgermeister:

1. Bisher ist das Gelände bis auf einen kleineren Teil im Flächennutzungsplan als einfaches Gewerbegebiet ausgewiesen. Welche Firmen aus welchen Branchen sind momentan Mieter von Grundstücksflächen und Gebäuden?

2. Handelt es sich dabei um Firmen des einfachen Gewerbes?

3. Wie ist der Zustand der denkmalgeschützten Halle und was hat die Landeshauptstadt in den letzten Jahren unternommen, die historische Substanz zu schützen und zu erhalten?

4. Besteht die Möglichkeit in Zukunft die denkmalgeschützte Halle bspw. als Geschichtswerkstatt, Künstleratelier oder Veranstaltungsraum zu nutzen?

5. Sind die Grundstücksverhandlungen mit Hochtief zum Grunderwerb für eine Stichstraße von der Ludwigsfelder Straße aus abgeschlossen?

6. Wenn ja, wann wird diese Stichstraße errichtet und ist dabei auch vorgesehen, diese Stichstraße bis zur Pasteurstraße zu verlängern, um die dahinterliegenden Gewerbeflächen somit an die Ludwigsfelder Straße anzuschließen?

7. Wenn nein, wann ist mit dem Abschluss der Verhandlungen zu rechnen?

8. Welche Überlegungen gibt es zur Verwertung des Grundstücks?

9. Ist seitens der Stadtverwaltungen beabsichtigt, für das komplette Areal zwischen Pasteurstraße südlich, Ludwigsfelder Straße nördlich und Schöllstraße östlich bis zur Bahnlinie einen Bebauungsplan aufzustellen?

10. Ist auf dem Gelände mit Altlasten aufgrund der bisherigen gewerblichen Nutzung zu rechnen und wurden diese bisher bereits untersucht?

gez.
Tobias Weiß, Stadtrat

CSU-Stadtratsfraktion, Rathaus, Marienplatz 8; 80331 München; Tel.: 233 92650; Fax: 29 13 765;
email: csu-fraktion@muenchen.de

FDP

FRAKTION IM STADTRAT DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Rathaus, Marienplatz 8, 80313 München, TELEFON 089/233-92644 FAX 233-20436 fdp@muenchen.de

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

17.09.2009

Antrag Nr.:
Bundeskartellamt durchleuchtet Fernwärmesektor

Der Stadtrat möge beschließen:
Der Oberbürgermeister berichtet dem Stadtrat über die Ergebnisse der Untersuchung des Bundeskartellamts im Bereich des Fernwärmesektors. Insbesondere wird dargestellt,

1. ob ein Verfahren seitens des Bundeskartellamts gegenüber den Stadtwerken München GmbH eingeleitet worden ist;
2. ob das Preisniveau für Fernwärme in München als angemessen angesehen werden kann;
3. ob und in welchem Umfang ein Anschlusszwang besteht (unterteilt nach Bestandsbauten und Neubauten);
4. wie sich das Preisniveau für Fernwärme in München seit den Jahr 2000 gegenüber Gas- und Öl für Heizungen von Privathaushalten entwickelt hat.

Begründung:
Das Bundeskartellamt hat eine Untersuchung des Fernwärmesektors in Deutschland eingeleitet und in den letzten Tagen umfangreiche Auskunftsbeschlüsse an 30 Fernwärmeversorger verschickt, darunter auch an die Stadtwerke München GmbH.

In Deutschland werden derzeit etwa 5 Mio. Haushalte mit Fernwärme versorgt. Damit rangiert die Fernwärme mit einem Anteil von ca. 13% unter den eingesetzten Heizmitteln auf Platz drei hinter Erdgas (ca. 48%) und Heizöl (ca. 30%). Der jährliche Fernwärmeverbrauch privater Haushalte beträgt – je nach Witterung – um die 80 Milliarden Kilowattstunden.

Anlass für die Einleitung der Untersuchung war, dass Fernwärmeunternehmen innerhalb ihres Leitungsnetzes als Anbieter über ein Monopol verfügen, welches häufig rechtlich durch einen Anschluss- und Benutzungszwang abgesichert ist. Diese Situation eröffnet Preissetzungsspielräume, die bei bestehendem Wettbewerb nicht gegeben wären. Fernwärmekunden haben aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen ganz überwiegend keine Möglichkeit, den Anbieter zu wechseln oder auf ein anderes Heizsystem umzustellen. Sie sind in aller Regel „gefangen“ und daher besonders schutzwürdig.

Von der Untersuchung, welche die Jahre 2007 und 2008 abdeckt, verspricht sich das Bundeskartellamt mehr Transparenz auf den Fernwärmemärkten im Hinblick auf Preise und Strukturen. So soll im Rahmen einer Vergleichsanalyse festgestellt werden, welche Unternehmen besonders teuer und welche besonders günstig sind. Dabei wird das Bundeskartellamt auch die Leitungsnetze und die Art der Energieerzeugung berücksichtigen. Sollte sich aus der vergleichenden Betrachtung von Unternehmen der Anfangsverdacht eines Verstoßes gegen das Kartellrecht ergeben, ist die Einleitung von Verfahren durch die Kartellbehörden des Bundes oder der Länder möglich.

Die Auswahl der nun befragten Unternehmen erfolgte im Hinblick auf deren Größe, Kundenzahl und Gesellschafterstruktur. Des Weiteren waren geographische und gebietsstrukturelle Kriterien ausschlaggebend. Da die Preisgestaltung im Fernwärmebereich wesentlich weniger transparent ist als etwa bei Strom oder Gas, konnte die absolute Preishöhe nicht als Auswahlkriterium herangezogen werden. Grundlage für das Vorgehen des Bundeskartellamts ist § 32 e des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen. Danach kann das Bundeskartellamt einen bestimmten Wirtschaftszweig überprüfen, sofern Umstände darauf hindeuten, dass der Wettbewerb in diesem Sektor in Deutschland eingeschränkt ist. Solche Sektoruntersuchungen richten sich somit nicht gegen einzelne Unternehmen.

gez.
Dr. Michael Mattar
Fraktionsvorsitzender

gez.
Gabriele Neff
Stellv. Fraktionsvorsitzende

gez.
Dr. Jörg Hoffmann
ea. Stadtrat

gez.
Christa Stock
ea. Stadträtin

gez.
Dr. med. Otto Bertermann
ea. Stadtrat

FREIE WÄHLER
Büro Johann Altmann
e.a. Stadtrat der LH München

Johann Altmann
Ehrenamtlicher Stadtrat
der Landeshauptstadt München

Rathaus, Zimmer 173
Marienplatz 8
80331 München
Tel.: 089 / 233 – 20766
Fax: 089 / 233 – 20770
johann.altmann@muenchen.de

Freie Wähler im Stadtrat der LH München, Marienplatz 8, 80331 München

An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Christian Ude
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

ANFRAGE

17. September 2009

Notruf-Säulen an U- und S-Bahnhöfen

Die Notruf-Säule am S-Bahnhof Solln ist laut Presseberichten vor etwa fünf Jahren errichtet worden, jedoch war sie bislang noch nie funktionstüchtig. Dieser Missstand muss schnellstmöglich behoben werden und gibt auch dazu Anlass, dass die vorhandenen Notrufeinrichtungen kontinuierlich überprüft werden müssen.

Daher frage ich den Herrn Oberbürgermeister:

1. Gibt es an allen U- und S-Bahnhöfen im Stadtgebiet München Notruf-Säulen/Notrufeinrichtungen?
2. In welchen Zeitabständen werden die dort befindlichen Einrichtungen auf ihre Funktionstüchtigkeit überprüft?
3. Wer ist für die Wartung verantwortlich?
4. Wie viele Trambahn- und Bushaltestellen sind im Stadtgebiet München mit einem entsprechenden Notruf ausgestattet?
5. Welche technischen Maßnahmen wären notwendig, damit alle Haltestellen mit entsprechenden Einrichtungen ausgestattet werden können?
6. Welcher Kostenrahmen müsste durch welchen Kostenträger für eine solche Nachrüstung aufgebracht werden?

Johann Altmann, Stadtrat